

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Gerd Mannes

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Gerald Pittner

Abg. Florian Ritter

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Susanne Kurz

Staatsministerin Judith Gerlach

Abg. Volkmar Halbleib

Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 16

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13761 mit 18/13764)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13382 mit 18/13384)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13695 mit 18/13712)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13618 und 18/13619)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13301 mit 18/13304)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen zu diesem Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat wiederum 45 Minuten. Die Redezeiten dürften Ihnen mittlerweile bekannt sein: CSU 13 Minuten, GRÜNE 8 Minuten, FREIE WÄHLER 7 Minuten, AfD und SPD jeweils 6 Minuten, FDP 5 Minuten, Staatsregierung 13 Minuten; die fraktionslosen Abgeordneten haben jeweils 2 Minuten Redezeit.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass auf Wunsch der AfD-Fraktion über zwei Änderungsanträge einzeln abgestimmt werden soll.

Ich eröffne nun die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Hopp von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Hohes Haus, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Dritter Tag der Haushaltsberatungen, wir gehen langsam in die Zielkurve, nach anstrengenden Beratungen und Auseinandersetzungen. Ich glaube, bei jedem Einzelplan war es gleich, haben die

allgemeine Situation und die Pandemie mitgeschwungen. Dieses Thema beschäftigt uns momentan stark. Das ist auch bei diesem Haushalt, dem Einzelplan 16, dem Haushalt für Digitales, der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man neigt vielleicht gerade in diesen nicht einfachen, ja schwierigen Wochen dazu, eher das zu sehen, was nicht läuft, was nicht funktioniert. Aber stellen Sie sich doch einmal kurz vor, wir wären nicht heute, sondern vor 30 Jahren in dieser Pandemie. Vieles, was jetzt mit hybridem Arbeiten, mit Videokonferenzen oder auch mit Homeoffice, aber auch mit Homeschooling, das seit Januar doch sehr gut läuft, wie wir die letzten Tage bei den Beratungen zum Bildungshaushalt gesehen haben, möglich ist, wäre damals undenkbar gewesen. Bei allen Problemen und Herausforderungen hat die Pandemie zu einem Digitalisierungsschub geführt. Damit sind wir auch schon beim Einzelplan 16 für den Geschäftsbereich des Digitalministeriums.

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung durchdringt jeden Lebensbereich. Sie bietet Möglichkeiten, gerade jetzt in der Pandemie. Sie ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe. Wir sehen gerade jetzt, dass es entscheidend und richtig war, im Jahr 2018 gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung etwas Neues zu wagen und ein Digitalministerium einzurichten. Andere Länder haben das nicht getan. Wir haben nicht nur ein Digitalministerium neu etabliert, sondern es wurde ganz konsequent als Strategie- und Querschnittsministerium eingerichtet. Das Haus wurde als Start-up komplett neu aufgestellt und als Thinktank im bayerischen Kabinett entwickelt, das die Anliegen der Digitalisierung einbringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, von der FDP und von den GRÜNEN beispielsweise, ich habe heute Vormittag bei den Beratungen zugehört. Sie melden sich immer wieder mit Vorschlägen zu Wort. Ich habe nach wie vor den Eindruck, Sie haben die Idee unseres Ansatzes nicht verstanden. Wir wollten das Kabinett eben nicht um ein klassisches Ressort erweitern, sondern eben genau ein Strategie- und Querschnittsministerium einführen. Es kann gerade in dieser Zeit einen konkreten

Mehrwert liefern. Das Ministerium kann Know-how bieten, das nicht nur bayernweit, sondern deutschlandweit anerkannt ist.

Ich wundere mich über manche Aussagen von Ihnen, auch in der Presse, in den letzten Wochen und Monaten, in denen Sie die herausragende Leistung der Ministerin, aber auch aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Ministerium nicht wertschätzen und nicht anerkennen, welche Rolle das Ministerium hat und welchen Mehrwert es bringt.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der Ministerin und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die in den letzten Jahren mitgeholfen haben, ein neues Haus aufzubauen, und die sich in der Krise mit ganz konkreten Beispielen einbringen. – Keine Angst, auch ich werde Beispiele bringen. – Herzlichen Dank für diese großartige Gemeinschaftsleistung!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann auch belegen und unterstreichen, dass das Digitalministerium dahingehend wichtige Impulse gesetzt hat: erstens, wie wir es schaffen, als Top-Region mit der Welt mithalten, zweitens, wie wir als Staat und drittens auch als Gesellschaft mit Digitalisierung umgehen wollen und umgehen werden. Wir wissen um die Bedeutung der Digitalisierung im internationalen Wettbewerb. Wie sich der Wirtschaftsstandort Bayern entwickelt, zeigt sich bei Zukunftstechnologien, etwa bei der künstlichen Intelligenz und bei Blockchain. Wir haben eben mit dem Wissenschaftsminister den Wissenschaftshaushalt verabschiedet. Dabei wurden genau diese Themen angesprochen, beispielsweise die KI-Strategie, bei der das Ministerium für Digitales ganz konkrete Impulse geliefert hat.

Die bayerische Blockchain-Initiative des Wirtschaftsministeriums wurde auch mit Input aus dem Digitalministerium gestartet. Impulse kamen auch zur Hightech Agenda und zur Hightech Agenda Plus, die wir jetzt in der Krise verstärken und deren Maßnahmen wir vorziehen. Das Digitalministerium macht hierzu ganz konkrete Vorschläge und

bringt sich als Querschnittsministerium und Strategieministerium ein, als das es konzipiert wurde. Es bringt sich zum Beispiel mit der Initiative "Smart Bavaria" ein, die die digitale Verwaltung in den Mittelpunkt nimmt. Die digitale Verwaltung ist das digitale Gesicht des Landes. Sie ist die digitale Teilhabe der Bürger, für die Bürger mit den Bürgern, und spielt hier die entscheidende Rolle. Deswegen war es ein guter Schritt des Digitalministeriums, dass es in den letzten Jahren zu dem Ansprechpartner bei E-Government geworden ist, dass es hier Digitalisierung greifbar und deren Vorteil erlebbar macht und hier konkrete Vorschläge bringt und umsetzt.

Sie kennen die BayernApp. Ich habe sie heruntergeladen. Auch Sie haben sie sicherlich nicht nur auf das Smartphone heruntergeladen, sondern auch schon genutzt, weil es ein Mehrwert ist, digitale Verwaltungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Genau das wurde gemeinsam im Kontakt mit den Bürgern, der Verwaltung und Digitalisierungslaboren erarbeitet. Es war der Ansatz des Digitalministeriums, hier konkrete Mehrwerte zu schaffen.

Das gilt auch für die Kommunen. Das Förderprogramm "Digitales Rathaus" ist ein Erfolgsmodell, das fortgesetzt wird und bei kommunalen Angeboten Unterstützung bietet.

Was die Corona-App jetzt in der Krise betrifft, ist konkret die Frage: Wie entwickeln wir die Corona-App weiter? Auch hierzu leistet das Digitalministerium einen Beitrag. Ein konkretes Beispiel ist die App "Darfichrein", die zusammen mit der AKDB entwickelt wurde. Insofern geht es jetzt um die Frage: Wie gehen wir weiter vor? Nehmen wir die "Luca"-App? Nehmen wir also diesen Beitrag?

Ich glaube, wir sind gut beraten, hier mit dem Digitalministerium weiterhin einen ganz starken neuen Player in der Staatsregierung zu haben, der sich konkret einbringt und den Blick auf neue Zukunftstechnologien richtet. Ein Beispiel ist die Extended Reality, ebenfalls eine Querschnittstechnologie, die bereits 2019 unter dem Dach "XR Bavaria" auf den Weg gebracht wurde. Dabei wurden neue kreative Projekte, Entwickler und

neue Produkte zusammengebracht. Das Maßnahmenprojekt "Virtuelle Realität" mit "XR HUB Bavaria" wurde also nicht nur angekündigt, sondern in München, Nürnberg und Würzburg auch umgesetzt. Darum geht es uns. Bei der Beratung des Wissenschaftsetats wurde bereits angesprochen, dass wir Bildung und Forschung mit der Wirtschaft zusammenbringen, dass wir also in die Anwendung kommen, das Ganze transferieren, um auch in Zukunft gute, hochwertige Arbeitsplätze anzubieten.

Auch die von Ihnen und anderen Fraktionen manchmal belächelten Bereiche Filmförderung und Games-Förderung bieten einen Mehrwert und sind ein Standortfaktor für den Freistaat Bayern.

Liebe Kollegen von der AfD, wenn Sie Kritik an der Filmförderung äußern, unterschätzen Sie den Wert dieses Standorts München, wenn es darum geht, Innovation und Arbeitsplätze zusammenzubringen, auch mit Blick auf seine Bedeutung als weltweit agierender Standort. Zunächst habe ich gedacht: Gut, Sie haben sich Gedanken zum Haushalt gemacht und ein Dutzend Anträge zur Filmförderung gestellt. Aber Sie haben immer mit gleichlautenden Begründungen Richtung Gremienfilm im Prinzip die komplette Streichung der Filmförderung angeregt. Sie gehen immer gleich vor. Ähnlich ist es beim Bayerischen Jugendring: Wenn Ihnen eine Meinung nicht passt, dann werden die Mittel und Förderungen gestrichen. Sie würden quasi die Axt an die Mittel, wie sie die Stadt München erhält, anlegen. Allein die internationale Filmförderung bringt jeden Euro, den wir hier einsetzen, mehr als fünffach zurück. Wir stehen zu den Filmstandorten München und Bayern. Deswegen werden wir als Freistaat Bayern auch in Zukunft für die Filmförderung einstehen.

Unsere Digitalministerin vertritt diesen Bereich sehr stark. Deswegen erhält sie in der Koalition selbstverständlich unsere Unterstützung, auch mit eigenen Anträgen, die der Kollege Kirchner vertreten wird. Das Digitalministerium hat mit über 120 Planstellen und über 100 Millionen Euro einen hervorragenden Haushalt. Es arbeitet für die Digitalisierung in Bayern und bringt sich ein. Es hat nicht die Pauschalkritik, die ich aus den Haushaltsberatungen kenne, sondern unsere Unterstützung verdient. Das Kabi-

nett wurde um einen neuen Player erweitert, der kein klassisches Ressort darstellt, sondern Zukunft denkt, neu denkt, querdenkt und sich einbringt.

Daher vielen Dank an die Ministerin Judith Gerlach, an ihr Team und an alle Mitarbeiter, die sich hier mit neuen Ideen einbringen. Ich gratuliere zur Arbeit der letzten Jahre. Judith Gerlach legt einen hervorragenden Haushalt vor. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und bitte Sie um Zustimmung zu unserem Haushalt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank. – Ich bitte Sie, Herr Dr. Hopp, am Rednerpult zu bleiben. Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Bemerkung kommt vom Abgeordneten Mannes von der AfD.

Gerd Mannes (AfD): Herr Dr. Hopp, Sie sind jetzt aus dem Loben nicht mehr herausgekommen. Wir sehen dies anders. Ich erkläre, warum. Vielleicht können Sie mich auch berichtigen.

Gelegentlich stelle ich auch Anfragen an das Digitalministerium. Ich sage Ihnen ein paar Zahlen: Seit Oktober 2019 sind nur 1,4 % der bis 2024 vorgesehenen Mittel für die Hightech Agenda ausgegeben worden. Erst 49 von 1.000 geplanten Professuren im Bereich Digitalisierung sind geschaffen worden.

Was das E-Government betrifft, wurden bisher im Rahmen des Programms "Bayern Digital" nur 11 % ausgegeben. Deswegen verstehe ich es nicht, dass Sie alles so loben; denn die Zahlen zeigen, dass hier offensichtlich eine Rückständigkeit besteht. Sie planen etwas, aber es wird nicht umgesetzt. Woran liegt das?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Kollege Dr. Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Zum einen glaube ich, dass Ihre Frage auch dem geschuldet ist, dass Sie wahrscheinlich eben nicht da waren; denn wir haben vorhin den Wissenschaftsetat mit der Hightech Agenda, die bereits in der Umsetzung ist, beschlossen. Sie waren wahrscheinlich draußen, haben sich aber Ihre Frage vorher

aufgeschrieben. Wir sind hier in der Umsetzung, die Professuren sind ausgeschrieben und werden besetzt, im Übrigen in Bayern genauso wie im Rest Deutschlands.

Herr Mannes, Ihre Anfragen sind daher das eine. Die Realität ist das andere. Es wäre gut, wenn Sie einmal aufpassen würden, wie der Haushalt abläuft und wie die Umsetzung funktioniert. Vielleicht bereiten Sie sich auf die nächsten Anfragen besser vor.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir haben eine weitere Anfrage vom Kollegen Benjamin Adjei. Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Hopp. Sie haben gerade gesagt, es habe wegen Corona einen starken Digitalisierungsschub gegeben. Es ist schon die Frage: Was hat in der Zeit das Staatsministerium gemacht, um vor allem die Digitalisierung in der Pandemiebekämpfung voranzutreiben? Was ist da jenseits einer komplett gescheiterten Software konkret gemacht worden, die sie entwickelt haben, die aber überhaupt nicht auf die Anforderungen der Gesundheitsämter ausgelegt ist? Beispielsweise ist eine automatische Bescheiderstellung und Ähnliches nicht möglich.

Sie haben auch die Corona-Warn-App angesprochen. Welche Weiterentwicklung ist insofern vom bayerischen Ministerium angeregt worden? Denn die Corona-Warn-App ist leider nicht weiterentwickelt worden, obwohl es beispielsweise vom Chaos-Computer-Club ausreichend Vorschläge gab, die auch wir GRÜNEN unterstützt haben. Da ist leider bisher nichts passiert. Die Clustererkennung ist erst jetzt für Mitte April angekündigt worden, obwohl wir sie schon im Oktober gefordert haben.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Vielen Dank für Ihre Frage. Wir haben zwei Möglichkeiten: Wir könnten uns beschweren, wie Sie es immer tun, dass die Corona-Warn-App im Bund nicht funktioniert. Oder wir könnten uns selbst Gedanken machen – das ist die zweite Variante, die die Ministerin gewählt hat –, welche Apps denn funktionieren. Die "Darfichrein"-App, die von ihr entwickelt wurde, bietet uns Möglichkeiten. Das wird jetzt

eingebraucht. Vielleicht ist es der Weg, den wir wählen können. Genau das bezeichnet, dass wir auf dem richtigen Weg sind, mit dem Digitalministerium auf Landesebene einen eigenen Player zu haben, der sich bei der Digitalisierung einbringt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Dann ist Ihr Beitrag beendet. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Adjei aufrufen. Sie können Ihren Beitrag gleich fortsetzen.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gut zwei Jahren haben wir hier in Bayern ein Digitalministerium. Ich kann mich noch gut an die damalige Debatte erinnern.

Herr Kollege Dr. Hopp, eigentlich habe ich bereits damals einiges Ihrer heutigen Rede gehört. Sie haben damals wie heute gesagt, dass das Digitalministerium künftig die Denkfabrik der Staatsregierung sein werde. Sie haben es als "Thinktank" bezeichnet. Als wir auf die Probleme hingewiesen haben, die wir bei der Struktur, bei der Organisation und beim Aufbau gesehen haben, haben Sie, wie auch heute wieder, gesagt, wir als Opposition hätten den Ansatz der Staatsregierung nicht wirklich verstanden. Da stimme ich Ihnen sogar zu. Ich habe diesen Ansatz bis heute nicht verstanden. Das Kuriose ist aber: Mit meiner Unwissenheit bin ich nicht allein. Auch ein Großteil der Ministerinnen und Minister hat diesen Ansatz nicht verstanden. Das beste Beispiel ist Herr Kultusminister Prof. Dr. Piazzolo. Als Digitalministerin Gerlach den Vorschlag gemacht hat, die Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter in die Schulen zu entsenden, kam eine pampige und patzige Gegen-Pressemitteilung des Kultusministers, dass dies überhaupt keinen Sinn mache und dass die Digitalministerin beim nächsten Mal bei ihm vorstellig werden sollte, bevor sie irgendwelche Vorschläge einbringt.

Im letzten Jahr haben wir gesehen, dass das Kultusministerium die Beratung durch das Digitalministerium mehr als nötig hätte. Hinter uns liegt ein Jahr Corona-Pandemie, das durch Pleiten, Pech und Pannen, vor allem bei der Digitalisierung, gekennzeichnet war. Wir haben ein Komplettversagen des Kultusministers beim Thema "Digi-

talisierung des Schulunterrichts" erlebt, nachdem er die Digitalministerin und ihre Vorschläge zum Mond gejagt hat.

Gesundheitsministerin Huml und Gesundheitsminister Holetschek haben es monatelang nicht für notwendig erachtet, die Gesundheitsämter zu digitalisieren.

Im Digitalministerium können noch so viele engagierte Menschen sitzen, die Vorschläge und Ideen entwickeln, wenn im Kabinett 17 von 18 Köpfe keinen wirklichen Bock auf die Digitalisierung haben und kein Problembewusstsein für das eigene Ressort entwickeln. In dieser Situation rennt Frau Gerlach am Schluss jedes Mal ins Leere.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend ist, dass sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung gezwungen sieht, zuzugeben, dass das Thema Digitalisierung doch nicht ganz so läuft, wie man sich das vorgestellt hat, und komplett neu aufgestellt werden muss, und das zwei Jahre, nachdem diese Neuaufstellung durch die Schaffung des Digitalministeriums stattgefunden hat. Ehrlich gesagt, das ist eine ziemliche Bankrotterklärung für die Arbeit der Staatsregierung.

Ich finde es gut, dass diese Reform endlich passieren soll. Ich habe diese Struktur bereits zu Beginn nicht für sinnvoll gehalten. Jetzt bin ich gespannt, ob wirklich etwas passieren wird. Die CSU kündigt immer gern Reformen an, um unliebsame Themen wegzuschieben. Hier ist die Umstrukturierung wirklich nötig. Ich hoffe, dass der Ministerpräsident aktiv wird und diese Umstrukturierung endlich vornimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben wirklich viele Probleme. Wir haben eine digitale Infrastruktur wie in den Entwicklungsländern. Wir haben Gesundheitsämter, deren Kommunikationsmittel aus der Steinzeit stammen. Außerdem haben wir ein Schulsystem, das von der Digitalisierung so weit entfernt ist, wie CSU-Abgeordnete von Transparenz bei Nebentätigkeiten. Wir haben schließlich Fachministerinnen und

Fachminister im Kabinett, die dies alles nicht wahrhaben wollen und die so tun, als gäbe es im eigenen Ressort beim Thema Digitalisierung keinen Handlungsbedarf.

Um diese Schwächen, insbesondere die Schwächen bei der Koordinierung, anzugehen, haben wir Anträge eingebracht, mit denen wir genau diese Koordinierung stärken wollen. Wir fordern beispielsweise Digitallotsinnen und Digitallotsen in den Landratsämtern, um die Digitalisierung von unten her zu forcieren und zu stärken. Wir fordern eine Digital-Taskforce im Digitalministerium, um die Fachressorts dort zu unterstützen, wo diese selbst überfordert sind. Eines lässt sich aber leider nicht beantragen, das ist ein Digital Mindchange in den Köpfen der Ministerinnen und Minister. Solange das Thema Digitalisierung nicht in allen 18 Köpfen der Staatsregierung angekommen ist, wird sie am Ende nicht funktionieren.

Ich erspare mir jetzt den Spaß, auf die Details des Haushalts einzugehen, denn da hat sich nicht wirklich etwas verändert. Sie können sich einfach die Rede von vor zwei Jahren anhören: 125 Stellen, 100 Millionen Euro, 43 Seiten Haushalt inklusive Deckblatt und Leerblättern dazwischen. Von einem umfassenden Aufbau, den Sie in der Vergangenheit versprochen haben, ist, ehrlich gesagt, nicht wirklich viel zu sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sollten Sie wirklich vorhaben, die Digitalisierung in Bayern voranzubringen, dann konzentrieren Sie sich erst einmal auf die Basics, bevor Sie, wie immer, den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Es gibt viele digitale Probleme, die wir in diesem Land haben, jenseits von Hightech Agenda und Spitzenforschung. Wir brauchen Glasfaseranschlüsse in jedem Haus, die Digitalisierung von Behörden und Rathäusern, virtuelle Polizeiwachen, digitalen Unterricht und virtuelle Arzttermine. Das sind die Themen, die die Menschen vor Ort direkt betreffen und bewegen. Auf diesen Feldern hinken wir mittlerweile anderen Ländern meilenweit hinterher. Packen Sie diese Probleme bitte endlich an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Gerald Pittner von den FREIEN WÄHLERN aufrufen.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Ansage an Herrn Kollegen Adjei: Es ist sicherlich richtig, dass in vielen Bereichen unserer Gesellschaft, auch in diesem Hohen Hause, der erforderliche "Digital Mindchange" noch nicht in vollem Umfang angekommen sein mag. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Das Problem ist aber, und das machen die GRÜNEN bei vielen Punkten falsch: Den kann man nicht verordnen. Er muss von unten wachsen. Er muss aus der Gesellschaft, vom Einzelnen, vom Bürger kommen. Nur so geht es. Ich kann mich zwar hinstellen und den Menschen sagen: Du musst jetzt anders denken! – Aber das wird keinen Erfolg haben.

Ich kann Herrn Kollegen Dr. Hopp nur beipflichten: Das Digitalministerium ist von der Bayernkoalition anders aufgestellt worden als das, was Sie wollen. Dieses Ministerium soll ein Thinktank sein und zukunftsorientiert arbeiten. Das Digitalministerium soll in vielen Bereichen ein Vordenker sein, zum Beispiel beim IT-Recht, beim IT-Controlling, bei ethischen Fragen der Digitalisierung und bei der Festlegung von Digitalstandards und Strategien für die digitale Verwaltung. Es soll sich aber nicht um die praktische Ausführung kümmern. Das Digitalministerium steht zwischen dem Wissenschaftsministerium als Basis sowie dem Wirtschaftsministerium und den anderen Fachministerien als Ausführenden. Es soll eben nicht die Kabel oder die Glasfaser verlegen. Alles, was man sieht, gehört in die Fachministerien und die Fachbehörden. Für alles, was man nicht sieht, ist das Digitalministerium zuständig. Das sind die Dinge, die im Kopf stattfinden. Das könnte man, im weiteren Sinne, mit "Digital Mindchange" bezeichnen.

Viele Leute in der Verwaltung denken nur in Tonnagen und Kabelmetern. Natürlich brauchen wir eine flächendeckende Breitbandverkabelung. Das ist gar keine Frage. Wir brauchen einen flächendeckenden Mobilfunk. Ich selbst komme aus dem ländlichen Raum. Da kann ich auch mein Leid klagen. Es ist nicht überall so schön, wie das der Herr Finanzminister heute dargestellt hat. Wir haben in Bayern Funklöcher und

langsames Internet. Das ist aber nicht das Problem des Digitalministeriums. Die Hauptaufgaben des Digitalministeriums liegen bei der Kollaboration, also der Zusammenarbeit, bei der Konsultation und beim Hereinholen von Expertise. Das sehen wir auch am Haushalt. Viele Haushaltsgelder fließen in die Expertise Dritter. Dort wird überlegt, was alles getan werden kann.

Der nächste Punkt. Wir haben in Deutschland ein Mehrebenensystem bei der Verwaltung. Manche sagen, das ist ein Problem, andere sagen, das ist ein Vorteil. Wir haben den Bund, die Bundesländer und die kommunale Selbstverwaltung. Deshalb ist es bei uns nicht einfach, von oben nach unten durchzuregieren. Das kann man als Nachteil ansehen, zum Beispiel, wenn man die Verbots- und Gebotspolitik als das Maß aller Dinge ansieht. Man kann das aber auch als Vorteil sehen. Herr Adjei, ich glaube, Sie waren auch dabei, als die BIDD-Strategiestudie vorgestellt wurde. In Deutschland gibt es in den verschiedenen Regierungen der Länder und des Bundes mannigfaltige Formen der Organisation der Digitalisierung. Eine geringe Anzahl der Bundesländer hat dafür eigene Ministerien eingerichtet. Andere haben für dieses Thema Abteilungen in ihren Staatskanzleien mit einem eigenen Ansprechpartner geschaffen. In einigen Bundesländern sind damit Haushaltsrechte verbunden, in anderen nicht. In einigen Ländern haben die Einrichtungen technische Einflussmöglichkeiten, in anderen nicht.

Der Vorteil unserer Strategie ist, dass sich um die Fachanwendung die Fachministerien kümmern sollen und nur die große strategische Ausrichtung die Aufgabe des Digitalministeriums ist. Es wäre auch ein Witz, wenn mir irgendein Informatiker ein Scheidungsurteil programmieren würde, das ich dann anzuwenden habe. Da käme nicht viel dabei heraus. Umgekehrt käme genauso wenig dabei heraus, wenn ich als Jurist ein Programm schreiben würde. Die Frage ist, wie man das zusammenbringt. Man könnte zum Beispiel ein Riesenministerium bilden. Solche Ministerien sind aber in der Vergangenheit immer gescheitert. Oder man setzt es als Querschnittsministerium daneben und muss dann natürlich hoffen – ein bisschen Hoffnung ist, das muss man ganz klar sagen, immer dabei –, dass dann in der Zusammenarbeit etwas funktioniert.

Deswegen hinkt Ihr Beispiel vom Kultusministerium natürlich ganz gewaltig. Natürlich war der Kultusminister nicht begeistert, dass jemand von außen reinredet. Darüber ist niemand je begeistert. Wenn Sie zu mir kämen und mir sagten, wie man alles besser macht, wäre ich vielleicht auch nicht begeistert. Aber es hat ja geklappt. Das ist der Unterschied.

(Zuruf)

– Was heißt da, nach einem halben Jahr oder einem Dreivierteljahr? – Das war im Winter. Entschuldigung, vor einem Jahr wusste man noch nicht, dass die Pandemie kommen wird. Vor einem Jahr hat keiner daran gedacht, dass Homeschooling und Homeoffice einmal das Maß aller Dinge sein würden.

(Zurufe)

Natürlich hat da vieles an Struktur und Infrastruktur gefehlt. Dass die Infrastruktur fehlt, ist aber nicht das Problem des Digitalministeriums.

(Zuruf)

Wir haben die Probleme doch relativ gut gelöst.

(Zuruf)

Auch im Winter, als alle geschrien haben, dass mebis und Sonstiges nicht funktioniere, ist das Problem gelöst worden. Jetzt kann man sagen: Wir hätten es letztes Jahr lösen sollen, dann wäre es gar nicht entstanden. – Das ist richtig. Aber letztes Jahr hat außer den GRÜNEN leider keiner von dem Problem gewusst, weil eben zumindest uns FREIEN WÄHLERN etwa drei Millimeter zur göttlichen Ebene fehlen; deswegen können wir nicht so weit in die Zukunft schauen, welche Probleme kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir können die Probleme erst dann lösen, wenn sie entstehen.

Das haben wir dann auch getan, als das Problem aufgetreten war, und zwar gemeinsam mit dem Digitalministerium. Natürlich stelle auch ich persönlich mir vor, dass da, gerade hinsichtlich der strategischen Ausrichtung, noch viel mehr passiert: Wie sieht die digitale Verwaltung der Zukunft aus? Welche OZG-Zugangsmöglichkeiten wird es geben? – Da fehlt es an vielen Stellen im Vergleich zu anderen Ländern noch weit. Aber wo klappt es denn hervorragend? – In den kleinen Ländern, die flächenmäßig nicht so aufgestellt sind wie wir.

(Zuruf)

– In Lettland zum Beispiel, ja wunderbar! Die Letten haben aber auf einem ganz anderen Niveau angefangen und sind in relativ kurzer Zeit mit viel Geld sicherlich sehr weit gekommen. Wir fangen auf einem ganz anderen Niveau an, haben ein Riesenland und auch noch die ostdeutschen Bundesländer hintendran, die im Übrigen in vielen Bereichen, etwa bei der Breitbandverkabelung etc., weiter sind als wir.

Jetzt leuchtet die Redezeitanzeige rot auf. – Ich hoffe, ich konnte darstellen, dass all das, was mein Vorredner gesagt hat, eigentlich an der Sache vorbeigeht. Unser Haushalt ist ein guter Entwurf für die Zukunft. Ich bitte deswegen darum, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Pittner. Ich bitte Sie, noch dazu bleiben. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Adjei.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich habe ja danach gerufen.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Genau, Herr Kollege, Sie haben wirklich danach gerufen. – Ich stelle mir aber jetzt schon eine Frage: Frau Staatsministerin Gerlach hat vor der Corona-Pandemie das Kultusministerium darauf hingewiesen, dass beim Thema Digitalisierung etwas passieren und reformiert werden muss; es ging da tatsächlich eher um das Inhaltliche als um das Organisatorische. Sofort kam es zu einer Abwehrreaktion von Ihrem FREIE-WÄHLER-Kultusminister, der Nein sagte und sich nicht darum

kümmern wollte. Es kann sein, dass das an den Fraktionszugehörigkeiten oder woran auch immer liegt. Aber die Frage ist doch, wie Sie sicherstellen wollen, dass Ihre Minister die Hinweise und Ideen, die aus dem Digitalministerium kommen, dann auch umsetzen, und zwar bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Ich muss das jetzt nicht sicherstellen. Ich kann mir aber schon – ich war nicht dabei und kann es also nicht aus eigener Kenntnis beurteilen – vorstellen, wie das passiert ist.

Wenn Sie einen Bildungspolitiker vor einem Jahr gefragt hätten, ob er Distanz- oder Wechselunterricht jemals als sinnvolle Alternative zu Präsenzunterricht ansehen würde, wenn man die digitalen Möglichkeiten hierfür vorhalten würde, dann hätte dieser Bildungspolitiker Sie ausgelacht. Ich habe das selber auf verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen und auch in politischen Diskussionen mitgekriegt.

Auch waren die Programme wie mebis und die ganze andere Kollaborationssoftware auf ganz andere Interessen ausgelegt. Das, was wir jetzt brauchen, hatte damals niemand als Ziel im Kopf. Wenn man das nicht als Ziel im Kopf hat, braucht man es natürlich auch nicht. Deswegen wurde es auch abgelehnt.

Das Problem ist auch nicht gleich am Anfang entstanden, weil wir zu Beginn der Corona-Zeit das ganz andere Problem der Sicherung der Unversehrtheit und Gesundheit der Bevölkerung hatten. Im Sommer und Herbst hat man dann gemerkt: Hoppla, das geht ja weiter, das wird nicht so, wie man sich das am Anfang vorgestellt hat, das wird nicht nach einem halben Jahr vorbei sein. Dann sind die Probleme halt aufgepoppt. Also mussten wir die Probleme in Angriff nehmen. Also wurde es dann auch gemacht.

Man kann jetzt sagen, dass das holprig war und schneller hätte gehen müssen. Ich kann das nicht beurteilen, weil ich noch kein Programm geschrieben habe. Das ist im Übrigen auch kein Problem der Digitalministerin; die muss kein Programm schreiben. Auch der Kultusminister muss kein Programm schreiben.

Aber das Problem wurde doch in Angriff genommen und aus meiner Sicht – nach dem, was ich kenne – auch halbwegs befriedigend gelöst.

(Beifall eines Abgeordneten)

– Immerhin, einer klatscht.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut, Herr Pittner, dann ist Ihr Beitrag beendet. Für Sie ist keine Zwischenbemerkung mehr angemeldet. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Der nächste Redner ist der Abgeordnete Mannes von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der heutigen Haushaltsdebatte zum Einzelplan 16 für das Digitalministerium möchte ich besonders auf zwei Punkte eingehen: erstens auf das Digitalministerium und den Stand der Digitalisierung in Bayern, zweitens auf den Haushaltsplan und unsere Änderungsanträge.

Künstliche Intelligenz, digitale Geschäftsideen, Denkfabrik, Bayern als Spitzenstandort in Sachen Digitalisierung – mit solch großen Worten wurde zur neuen Legislaturperiode das neue Digitalministerium geschaffen.

Herr Hopp, seien Sie ehrlich! Von den großmäuligen Versprechungen des Ministerpräsidenten ist nicht viel übrig geblieben. Das Digitalministerium hat zu wenig Kompetenzen, um in der Digitalisierung handlungsfähig zu sein. Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat ist für den Breitbandausbau zuständig, das Staatsministerium der Justiz für die Cybersicherheit, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus für den digitalen Distanzunterricht.

Frau Gerlach, Sie sprachen noch vor einem Jahr davon, dass das neue Digitalministerium ein Teilchenbeschleuniger der Digitalisierung sei. – Wo ist der Schub in der Digi-

alisierung in Bayern während der Corona-Krise geblieben? Die Corona-Krise hat doch eindrucksvoll gezeigt, dass wir in Bayern hinterherhinken. Es wurden Spickzettel, Faxgeräte und Excel-Tabellen anstelle eines professionellen IT-Systems verwendet. Auch der Digitalunterricht funktioniert nicht besonders gut. Telemedizin? – Fehlanzeige. Corona-App? – Funktioniert auch nicht.

(Zuruf)

– Doch, das stimmt. Ich mache das daheim mit meinen Kindern.

(Zuruf)

Die Corona-App funktioniert nicht besonders gut.

Man muss noch einmal sagen, dass Bayern im Digitalisierungsindex der Telekom zum Netzausbau im Vergleich mit anderen Bundesländern nur Durchschnitt ist. Das Digitalministerium hat gerade mal eine einzige Verordnung zu E-Government erarbeitet. Nur die Hälfte der Kommunen in Bayern hat tatsächlich mit der Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie begonnen.

Noch einmal zu meiner Anfrage: Ich muss einfach noch einmal sagen, dass bisher 1,4 % der bis 2024 für die Hightech Agenda in Bayern vorgesehenen Mittel ausgegeben wurden. Im Bereich Digitalisierung sind erst 49 der 1.000 geplanten Professuren geschaffen worden. Noch mal zum Bereich E-Government: Von "Bayern Digital" wurden bisher nur 11 % der Mittel abgerufen.

Diese Versäumnisse wirken sich doch auch negativ auf die bayerische Wirtschaft aus. Der stationäre und mittelständische Einzelhandel geht am Corona-Lockdown zugrunde. Die Technologiegiganten wie der weltgrößte Onlinehändler Amazon, Facebook und Apple sind doch die großen Gewinner der Corona-Krise. Sie verbuchen drastische Gewinnsprünge – so wie übrigens auch einige CSU-Abgeordnete.

Wir haben in die Ausschüsse viele Anträge eingebracht, um dieser Wild-West-Digitalisierung besser entgegenzuwirken. Diese bezogen sich auf die Sicherheit von Cloud-Dienstleistungen, auf den Schutz vor Industriespionage, auf die Offenlegung von Algorithmeneffekten und auf die faire Besteuerung von Internetgiganten oder auf den Erhalt des Wettbewerbs zum Schutz der Verbraucher.

Jetzt zum Haushalt 2021, Einzelplan 16: Es stimmt, dass wir die geplanten 28 Millionen Euro für die linksradikal unterwanderte Filmförderung streichen wollen. Das gehört nicht in den Bereich der Digitalisierung. Wir lehnen diesen Haushaltstitel ab.

Vor zwei Jahren wurde noch vom Gaming-Standort Bayern gesprochen. Heute sind noch 6,5 Millionen Förderung übrig geblieben. Zur Nachbesserung dieser dürftigen Gaming-Ambitionen haben wir zahlreiche Anträge zur elektronischen Spieleindustrie eingebracht. Außerdem fordern wir einen Innovationsfonds für innovative Technologieprojekte. Hier wollen wir eine Aufstockung des Haushaltstitels um mehr als drei Millionen. Wir fordern auch eine verstärkte Förderung für digitale Anwendungssysteme, Public-Key-Infrastruktur, Cybersicherheit und Cloud-Dienstleistungen. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung zur virtuellen Realität wollen wir zwei Millionen zusätzlich investieren. Für die Blockchain-Strategie 3.0 in Bayern fordern wir fünf Millionen Euro an zusätzlichen Fördermitteln.

Und zum Schluss: Das Digitalministerium muss endlich die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen voranbringen. Deshalb fordern wir, die AfD, in unseren Änderungsanträgen zusätzlich 12 Milliarden Euro für E-Government. Den vorliegenden Haushaltsentwurf müssen wir wegen falscher Prioritätensetzung ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mannes. – Ich sehe keine Zwischenbemerkungen. Dann darf ich den Kollegen Florian Ritter ans Rednerpult bitten. Herr Kollege Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Anfang noch eine Vorbemerkung zu einem Thema machen, das hier noch nicht so sehr angeschnitten worden ist. Das Ministerium heißt zwar Digitalministerium, es ist aber auch ein Ministerium für Filmförderung. Die Filmförderung ist mit Sicherheit auch wirtschaftlich ein wichtiger Bereich. Wir, die SPD, können dem Ministerium durchaus gute Arbeit in diesem Bereich bescheinigen, auch wenn wir der Meinung sind, dass man die Schwerpunkte ein bisschen mehr auf die weniger kommerziell erfolgreichen Filme oder auf Dokumentationen setzen könnte. Prinzipiell gibt es aber zu diesem Tätigkeitsbereich des Ministeriums sehr viel Zustimmung.

Das Ministerium heißt aber nun einmal Digitalministerium; das soll sein Schwerpunkt sein, und das ist auch der Schwerpunkt der heutigen Debatte. Wenn man sich über Digitalisierung unterhält, muss man sich nicht nur über das Digitalministerium, sondern über den gesamten Zustand der Digitalisierung in Bayern unterhalten. Dazu ist sehr viel gesagt worden. Seit ich 2003 in dieses Haus gekommen bin, ist der Begriff der Digitalisierung immer wieder verwendet worden. Schon 2003 wurden digitale Bürgerdienste usw. versprochen. So hat sich dieses Thema durchgezogen. Nur wer es sich genauer angeschaut hat, hat gemerkt, dass hinter dieser Digitalisierung mehr Schein als Sein war.

Die Corona-Pandemie war tatsächlich die Nagelprobe für alle diese Behauptungen, und das Ergebnis war, wie wir heute feststellen müssen, tatsächlich ernüchternd. Die Liste der Versäumnisse der letzten 15 Jahre ist lang, und dieses ernüchternde Ergebnis ist tatsächlich auch ein Ergebnis dieser fachlichen Zersplitterung, die heute schon angesprochen worden ist. Die Bedeutung der Hochgeschwindigkeitsnetze für die gesamte Landesentwicklung wurde viel zu spät erkannt. Jahrelang wurde auf unzulängliche Technologien beim Netzausbau gesetzt, statt flächendeckend Glasfaser zu priorisieren. Auch das ist ein Ergebnis dieser Zersplitterung.

Die digitale Ausstattung der Schulen wurde verschlafen. Der Kollege Pittner hat gesagt, dies alles habe keiner wissen können. Deshalb frage ich Sie: Wo waren Sie ei-

gentlich in den letzten Jahren, als wir hier über die Digitalisierung der Schulen gesprochen haben? Wir haben doch darüber gesprochen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie von den Mehrheitsfraktionen alle miteinander mit stolz geschwellter Brust gesagt haben: Ja, wir haben doch ein teildigitalisiertes Klassenzimmer; denn dort steht ein Beamer drin. Leute, das ist tatsächlich nicht die Digitalisierung, über die wir diskutiert haben und die notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen sich nicht dahinter zu verstecken, dass keiner Corona hat vorhersehen können. Diese Diskussionen haben wir geführt. Wir haben auch darüber diskutiert, dass es keine pädagogischen und didaktischen Konzepte und keine brauchbare Software für digital gestütztes Lernen und keine Geräte für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler gibt. An den Schulen gibt es keinen ausreichenden technischen Support – auch darüber haben wir diskutiert – und auch keine ausreichende Lehrer*innenfortbildung für digital gestütztes Lernen.

Für die seit 2003 vom damaligen Verwaltungsreformminister Huber angekündigten digitalen Bürgerdienste gibt es mittlerweile eine App, über die man in erster Linie PDF-Formate herunterladen kann. Das ist keine Digitalisierung und kein E-Government.

(Beifall bei der SPD)

Die digitale Einkaufsstadt, eine Onlineplattform für regionalen Einzelhandel und Dienstleistungen, ist nach wie vor nur ein Modellprojekt mit einzelnen Anwendungen, statt dass man daraus ein Förderprogramm für ganz Bayern macht. Das wäre wirklich keine Raketenwissenschaft, und das wäre auch umsetzbar.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern braucht jetzt ein starkes handlungs- und durchsetzungsfähiges Digitalministerium. Dass wir das nicht haben, ist weder der Ministerin noch den Beschäftigten im Ministerium anzulasten. Das ist das Ergebnis einer Politik,

für die die Digitalisierung zu allererst einmal ein Marketingbegriff für die politische Selbstvermarktung ist.

(Beifall bei der SPD)

Digitalisierung bedeutet Arbeit, Schaffung von Infrastruktur, Bereitstellen von digitalen Diensten, Erarbeitung von Konzepten und Investitionen in die Zukunft. Forschung in diesem Bereich ist gut. Die Ergebnisse der Forschung müssen aber auch in Bayern zur Anwendung kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ernsthafte Ziele kann man mit dieser Zersplitterung weder definieren noch verfolgen oder erreichen. Wir brauchen tatsächlich eine Bündelung der Zuständigkeiten in einem starken, handlungs- und durchsetzungsfähigen Digitalministerium. Es muss insbesondere auch im Hinblick auf den Ausbau einer leistungsfähigen Glasfaserinfrastruktur und flächendeckender und leistungsfähiger Breitbandverbindungen handlungs- und durchsetzungsfähig sein. Es muss den bayerischen Mittelstand, den regionalen Handel und das Handwerk bei der digitalen Transformation unterstützen. Es muss selbstständige Inhaber und Inhaberinnen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Aneignung von digitaler Kompetenz und digitalem Know-how unterstützen. Diese Aufgaben wären eigentlich zu erledigen. Das Digitalministerium kann das nicht leisten, weil niemand will, dass das Digitalministerium das leistet. Deshalb können wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser das Wort.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein eigenständiges Digitalministerium hatte sich die FDP-Fraktion bei der letzten Landtagswahl im Interesse unseres Landes so sehr gewünscht. Bekommen

haben wir ein Ministerium mit dem Namen "Ministerium für Digitales". Um gleich dem Vorwurf vorzubeugen, wir würden diesen Namen falsch verstehen, habe ich in der Geschäftsverteilung nachgeschaut, was wir bei diesem Digitalministerium eigentlich finden sollten.

Erstens heißt es in der Geschäftsverteilung: "Digitalisierung Bayerns: Grundsatzfragen und Koordinierung" und "Zukunft der Digitalisierung: Grundsatzfragen und Koordinierung". Das setzt natürlich voraus, dass diejenigen, die zu koordinieren sind, auch mitspielen. Bei dem, was ich aus manchen Ministerien höre, habe ich daran Zweifel. Dort ist man zwar freundlich, lässt sich aber im Prinzip nicht dreinreden und will schon gar nichts abgeben.

"Digitale Verwaltung" steht in der Geschäftsverteilung. Dazu gehören aber nicht die digitale Erschließung, die Technik der digitalen Verwaltung, die staatlichen Rechenzentren, die staatliche Kommunikationsinfrastruktur, die Sicherheit der Informationstechnik und die Unterstützung der Kommunen in der digitalen Verwaltung. Wenn ich mir anschau, was bei der BayernApp passiert ist, frage ich mich, ob da schon die Zuständigkeit überschritten wurde, weil das gar nicht richtig als Aufgabe definiert ist.

"IT-Recht, Lizenzmanagement" ist als Aufgabe genannt. Wenn ich die Diskussion im Kultusministerium verfolge, ob man Microsoft Teams, Zoom oder Sonstiges einsetzt, stelle ich fest: Das haben die mehr oder weniger allein gemacht.

"Ressortübergreifendes IT-Controlling" – Schauen Sie sich einmal den ORH-Bericht an, wie viele IT-Projekte aus dem Ruder laufen. Was passiert da?

Bei der Filmpolitik, Filmförderung und Games ist ein ordentlicher und relativ großer Teil im Vergleich zum sonstigen Haushalt enthalten. Schaut man sich das aber insgesamt an, dann würde ich das eher als Ministerium zur Film- und Kinoförderung mit eigener EDV-Abteilung bezeichnen.

Das Digitalministerium setzt sich vor allem als oberstes Ziel, ein Thinktank zu sein. Was ist da bitte passiert? – Es sind zwar Mittel enthalten, aber welche externen Berater sind hinzugezogen worden? Was sind die Ergebnisse? Es ist noch gar nichts nach außen gedrungen. Wir haben einmal eine Anfrage gestellt, wie viel dort tatsächlich aktiv passiert ist. Die Antwort war doch sehr ernüchternd. Insbesondere das Bayerische E-Government-Gesetz war schon mehrfach angekündigt. Das möchte ich einmal aufgreifen. Bis jetzt ist mir noch nicht einmal ein Referentenentwurf oder Ähnliches bekannt.

Was hat das Digitalministerium zur Bewältigung der Corona-Pandemie beigetragen? Wo hat sich das Ministerium bei der digitalen Pandemie-Bekämpfung eingemischt? Ich meine damit nicht nur, wenn es danach gefragt wird, sondern wo es sich aktiv einmischt, einbringt und richtig aufdrängt; denn ein solches Ministerium kann nur so überhaupt funktionieren, wenn es als Querschnittsministerium angelegt ist.

Ein weiteres Beispiel ist das Onlinezugangsgesetz. Das hat Bayern fast verpasst und ist gerade noch so auf den Zug aufgesprungen, wie ich mir letztens erst einmal habe erklären lassen. Ansonsten wären die anderen Länder möglicherweise mit ihren Aufgaben vorneweg gelaufen.

Es gibt bestimmte Themen, die durch alle Raster fallen, weil sie nicht einem zentralen Digitalministerium zugeordnet sind. Dabei sind die sozialen Auswirkungen, die die digitale Transformation mit sich bringt, ein ganz wichtiger Punkt. Sie sind weder im Sozialhaushalt noch im Bildungshaushalt noch im Digitalhaushalt zu finden. Was macht die digitale Transformation mit der Familie? Was macht das mit den Vereinen, mit der Kultur und mit der privaten Kommunikation? All das ändert sich. Es wird überhaupt nichts angegangen. Ich sage nicht, dass man das vorschreiben muss, aber man muss sich doch einmal damit beschäftigen und sagen, was man tatsächlich ändern will. Die persönlichen Begegnungen fehlen; Corona steigert das Ganze noch. Das ist nirgendwo und in keinem Teilhaushalt hinterlegt.

In Bezug auf diese und auf andere Punkte gibt es in diesem Ministerium keine klare Strategie. Das muss ich ganz klar sagen. Das mag an der Konstruktion liegen. Ich behaupte nicht, dass die Leute im Ministerium schlecht sind; vielleicht haben sie keine Chance. Das will ich gar nicht beurteilen. Fakt ist, dass Bayern hier ganz eindeutig etwas fehlt. Die wesentlichen Handlungsfelder der Digitalpolitik liegen alle in anderen Ressorts. Dem Anspruch eines Thinktanks ist das Ministerium definitiv nicht gerecht geworden. Auch in der Corona-Krise wurden keine Akzente gesetzt. Der einzig erkennbare Schwerpunkt war die Kino- und Spieleförderung. Hin und wieder gab es eine App, wobei ich zu der BayernApp noch sagen muss: Sie ist zwar schön, aber nur ein erster Schritt. Das funktioniert erst dann richtig, wenn auch tatsächlich die einzelnen Kommunen digitalisiert sind und vollelektronisch laufen. Diese kleine Oberfläche bringt uns überhaupt nicht vorwärts.

Wir brauchen ein echtes Digitalministerium, das die großen Probleme der Zukunft mit Nachdruck anpackt und sich auch in der Staatsregierung durchsetzen kann. Solange wir das nicht erreichen, ist das Ganze ein Feigenblatt für die gesamte Regierung. Deshalb können wir diesem Teilhaushalt auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Für die CSU-Fraktion hat der Kollege Sandro Kirchner das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Corona war der Weckruf und hat schonungslos aufgezeigt, was die Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung sind. Wir haben es vorhin schon gehört. Als unser Ministerpräsident hier stand, hat auch er gesagt, es sei schon komisch, dass wir im Bereich der Hightech Weltspitze, vorne mit dabei und federführend seien, aber Alltagskompetenzen an der einen oder anderen Stelle nicht verfügbar seien.

Digitalisierung ist ein Megathema unserer Zeit. Es tangiert die Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Bildung, Forschung und Kultur. Wir haben eine Riesenquer-

schnittsaufgabe. Jedes Ressort bildet auch bei uns in vielen Bereichen Digitalisierung ab, und es ist eine große Aufgabe, diese Themen zu bündeln. Wir haben es vorhin schon von den Vorrednern gehört. In Anbetracht dessen ist das Ministerium für Digitales prädestiniert für diese Aufgabe, um diesen Querschnitt zusammenzufassen und zu koordinieren.

Beim Hören des einen oder anderen Redebeitrags musste ich schon etwas schmunzeln. Herr Ritter, bei allem Respekt, aber ich hätte mir heute Frau Karl am Rednerpult gewünscht, die bei uns im Ausschuss für Digitales dabei ist. Dann hätte sie eindrucksvoll aufzeigen können, wie die Infrastruktur in Bayern abgebildet ist, wie Bayern mit einem neuen und in Europa einmaligen Förderprogramm für den Gigabit-Ausbau federführend ist und vieles mehr.

Ich bin schon etwas verwundert, dass Sie, wenn Sie über Equipment sprechen, das für Digitalisierung notwendig ist, auch die Schulen ansprechen. Sie vergessen wohl, dass dafür Geld bereitgestellt worden ist, das im vergangenen und im aktuellen Haushalt enthalten ist. Es hätte aber von den Sachaufwandsträgern abgerufen werden müssen. Dabei fällt mir ein: Ab und zu kommen Lehrer nach einer neuen Anstellung auf einen zu und fragen, ob man helfen könne. Es kam ein Lehrer zu mir, der sagte, er sei in Nürnberg gelandet. Das sei eine Katastrophe. In unserem schönen Landkreis Bad Kissingen sei der Sachaufwandsträger dahinter gewesen; in der Stadt Nürnberg muss es eine Katastrophe gewesen sein. Ich weiß nicht, was die SPD-Regierung an der Spitze zu diesem Zeitpunkt gemacht hat.

(Zuruf)

Kommen wir zur digitalen Administration, zum E-Government. Natürlich ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen abgesteckt werden. Es ist wichtig, dass dafür auch gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene gesetzt werden. Herr Kaltenhauser, Sie haben gesagt, Bayern sei zu spät auf den Zug aufgesprungen. Ich erinnere mich, dass es gerade unsere Ministerin ist, die diese Kompetenz auf Bundesebene einbringt

und viele Komponenten des E-Governments stellvertretend für viele Länder abbilden, darstellen und entsprechend umsetzen darf.

Beim Blick auf das E-Government fallen mir auch die Corona-Hilfsmaßnahmen ein. Wir haben festgestellt, dass die IHK mit den uns durch E-Government angebotenen Tools diese Zahlungen Gott sei Dank sehr unkompliziert und schnell abwickeln kann, sofern sie vom Bund kommen. Auch dort sind die Dinge vorhanden.

Man hört, es passiere nichts. Ich habe einmal nachgeschaut. Es gibt das Programm "Digitales Rathaus" und Digitalisierungslotsen. Es gibt auch eine Taskforce; sie wird auf der einen Seite über das Ministerium selbst, auf der anderen Seite durch das Digital-Kabinetts abgebildet und am Ende auch beim Digital-Gipfel. In der heutigen Heimatzeitung habe ich eine Pressemitteilung gelesen, die verkündet, dass der Landkreis zusammen mit vielen anderen Landkreisen Bayerns Geld und einen digitalen Werkzeugkasten bekomme, um seine Verwaltung digital ausrichten zu können. Wenn hier jemand behauptet, es tue sich nichts, dann ist das ein Märchen und geht tatsächlich am Thema vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit der digitalen Verwaltung gehen Kompetenzen einher. Deswegen haben wir das als Fraktion gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN nach unseren Möglichkeiten unterstützt. Wir wollen diesen eher knappen Haushalt unterstützen und über Digital.Campus Bayern eine Qualifizierungsplattform bereitstellen, damit Qualifizierung stattfinden und Know-how aufgebaut werden kann, das unseren Kommunen oder politischen Ebenen in Gänze zur Verfügung gestellt werden kann.

Kollege Hopp hat etwas länger gebraucht, weshalb keine Zeit mehr übrig ist. Ich hätte noch viel sagen können. Wichtig ist aber, dass wir bei der ganzen Digitalisierung auch die Schwächeren und die Älteren, die mitgenommen werden müssen, nicht vergessen dürfen. Die Ministerin ist irgendwie schon als Manager zu verstehen mit dem Anspruch, auch die anderen Ministerien entsprechend anzuschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kirchner, Sie bekommen durch zwei Zwischenbemerkungen eine Redezeitverlängerung. – Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Ich bin natürlich kollegial und geben Ihnen eine Redezeitverlängerung zum Thema E-Government. Es tut sich nicht nichts, aber es tut sich wenig. Ich habe es in Günzburg selbst ausprobiert; dort sind nur ganz wenige Applikationen tatsächlich verfügbar. Ungefähr die Hälfte der bayerischen Kommunen haben eine Digitalisierungsstrategie. Das habe ich in meiner Rede ausgeführt. Noch einmal zur Antwort auf meine Frage zum Programm BAYERN DIGITAL, bei dem 11 % der Mittel abgerufen wurden. Da ist noch viel Luft nach oben. Woran liegt es, dass wir nicht schnell genug im Bereich E-Government vorankommen?

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Mannes, Sie sind Mitglied des Fachausschusses und müssten es eigentlich besser wissen. Deswegen verstehe ich die Frage an dieser Stelle nicht.

Die Antwort zur ersten Frage: Sie sind Schwabe, vielleicht spart man in Günzburg noch ein bisschen an der digitalen Umsetzung. Es ist aber klar, dass der Fahrplan bis 2023 ausgelegt ist. Meine Heimatkommune zum Beispiel geht die Dinge sehr aktiv an und schafft Angebote. Man müsste also vor Ort nachfragen. Das können Sie als Abgeordneter in der Region auch tun.

Sie fragen, wie viel von dem Geld ausgegeben worden ist. Wenn das für Sie der Maßstab dafür ist, was bereits umgesetzt wurde, dann stelle ich Ihnen die Frage: Wenn Sie ein Haus bauen, bezahlen Sie die Summe für das ganze Haus schon dann, wenn das Fundament gegossen wird, oder beginnen Sie, das Haus zu bauen, und bezahlen in Etappen entsprechend dem Baufortschritt? So muss man das hier verstehen: Die Strategie ist auf einen Zeitraum ausgelegt; die Strategie ist auf diese Legislaturperiode

ausgelegt. Insofern muss man dann am Ende schauen, was angekommen ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die angekündigten Dinge dann umgesetzt sein werden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Kirchner, Sie haben mich vorhin zitiert. Dazu möchte ich etwas richtigstellen, und ich möchte auch eine Nachfrage dazu stellen. Ich habe mich auf das Onlinezugangsgesetz bezogen, bei dem Bayern gerade noch auf den Zug aufgesprungen ist. Es gab eine Verteilung unter den Ländern, definitiv, und da hat sich Bayern als eines der letzten Länder gemeldet. Ich behaupte, Bayern hat daraufhin ein relativ unattraktives Gebiet abbekommen. Man hatte wohl lange Zeit gedacht, man macht das Ganze allein und ist damit nicht betroffen. Oder wie sehen Sie das? Warum hat sich Bayern da erst sehr spät eingebracht?

Sandro Kirchner (CSU): Ich habe Sie nicht falsch zitiert, sondern ich habe Ihre Anmerkung, die Sie als Unterton in Ihrer Rede haben mitschwingen lassen, nämlich dass Bayern die Dinge verschläft, zum Anlass genommen, um Ihnen aufzuzeigen, dass es andere Bereiche gibt, in denen Bayern sehr proaktiv und auf der Bundesebene sogar federführend ist. Sie sagen, Bayern sei zuletzt auf den Zug aufgesprungen; ich weiß nicht, welche Wertigkeit diese Aussage haben soll. Schließlich gibt es doch den Spruch: Die Letzten werden die Ersten sein. – Entscheidend ist doch die Qualität. Die Ministerin wird ihre Ausführungen noch machen und aufzeigen, dass Bayern sehr aktiv ist. Ich bin der Meinung, das ist es doch, was letztlich wichtig ist.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Kirchner. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Susanne Kurz für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): "Denkfabrik" – Das haben wir schon öfter gehört. Vielleicht sollten Sie überlegen, ob Sie Ihre Homepage anpassen, damit wir nicht alle auf die falschen Ideen kommen. Man sucht sonst nämlich im Etat nach Zukunft, wenn man so

etwas liest. Auch ich habe gesucht, und ich fand zum Beispiel eine Million Euro für ein Forschungs- und Anwenderzentrum "Virtuelle Realität Bayern". Die Forscher*innen und Anwender*innen, die dort arbeiten dürfen, können ihr Handwerkszeug dazu aber leider nicht in Bayern lernen, denn Ihre Regierung hat es trotz ihres Versprechens 2019 nicht geschafft, die Ausbildung von kreativen Führungskräften für Visuelle Effekte – VFX – an der Hochschule für Fernsehen und Film zu verstetigen. Nachwuchs? – Das sollen mal die anderen Bundesländer machen.

Noch immer gibt es keine klaren Anreize für Filmproduktionen, die klimafreundlich, also zukunftsfähig arbeiten möchten. Freilich, Green Shooting ist förderfähig, es gibt auch ein paar Workshops zum Thema, aber was hat die vorbildlich grün drehende Filmproduktion von ihrem Engagement? – Rein gar nichts.

Zukunft für Kinos – das ist besonders lustig – wollen Sie nämlich hinbekommen mit einer Million Euro für "Kino at Home". Damit sollen in Bayern Filmtheater am Streaming-Markt teilhaben können. Ich gratuliere der CSU ganz herzlich zu dieser hervorragenden Idee! Schade nur, dass die Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen diese Idee schon vor fünf Jahren hatte. "Kino on Demand" heißt es in NRW, damals war die Staatskanzlei übrigens noch rot-grün besetzt. Auch viele bayerische Kinos profitieren längst von "Kino on Demand". Wenn Sie das Geld der bayerischen Steuerzahler*innen sinnvoll ausgeben wollen, dann denken Sie in Ihrer Denkfabrik lieber scharf nach, ob eine Zerstückelung des Kino-on-Demand-Marktes wirklich erfolversprechend ist. Wenn Sie zum gleichen Ergebnis kommen wie wir GRÜNEN, dann unterstützen Sie doch die bestehende Lösung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorausdenken? – Dabei wäre ganz wichtig, ganz generell einmal über die Strukturen der Filmförderung nachzudenken. Spätestens seit der Blutgrätsche zum Rundfunkbeitrag in Sachsen-Anhalt sehen wir, Filmförderung hier in Bayern funktioniert nur mit öffentlich-rechtlichen Mitteln. Der FilmFernsehFonds Bayern hat als Gesellschafter unter

anderem die Bayerische Landeszentrale für neue Medien und den Bayerischen Rundfunk. Das sind also wichtige Partner der Kino-Koproduktion. Die Filmförderung könnte also zusammenbrechen, wenn es keine öffentlich-rechtlichen Medien mehr gibt. Spätestens wenn eine Mittelstandsunion ein Papier zur Fusion von ARD und ZDF publiziert, erwarte ich von einem CSU-geführten Ministerium, dass alle Alarmglocken schrillen. Resiliente Strukturen aufbauen, statt einfach nur im Querschnitt zu verwalten – die Zukunft der Denkfabrik beginnt heute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Kollegin Kurz. – Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatsministerin Judith Gerlach das Wort.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich bei allen bedanken. Ich weiß, es steckt sehr viel Arbeit dahinter, sich intensiv mit einem Haushalt zu beschäftigen und dazu konstruktive Vorschläge zu machen. Uns zu begleiten, uns ein Fundament zu geben, mit dem wir dann auch arbeiten können, das macht sehr viel Arbeit. Ich möchte mich insbesondere bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses bedanken, insbesondere bei den Fachberichterstattem, mit denen wir immer wieder im Austausch stehen. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken, weil sie wirklich großes Engagement einbringen. Insbesondere möchte ich Herrn Gerhard Hopp nennen, der im ständigen Austausch mit uns ist. Er ist auch über den Haushalt hinaus immer sehr interessiert und engagiert am Thema. Es freut uns natürlich sehr, dass das Thema so getragen und unterstützt wird. Ebenso bedanke ich mich bei Sandro Kirchner, der gerade den Digital Campus angesprochen hat. Wir haben große Unterstützung aus den Reihen der CSU, aber auch von den FREIEN WÄHLERN erfahren, die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu befähigen und auf dem Weg zu begleiten hin zum digitalen Mindset, das wir in den Unternehmen und Behörden brauchen, von dem wir heute schon gehört haben.

Zwar zuletzt genannt, aber mit Sicherheit am wichtigsten ist unser Finanzminister Albert Füracker, bei dem ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken möchte. Er hilft uns dabei, Bayern ein Stück weit digitaler zu machen. Er trägt das mit. Er hat auch die vielen Haushaltsverhandlungen mitgetragen. Da bin ich schließlich nicht alleine. Deshalb auch an dich, lieber Albert: herzlichen Dank!

Im Grunde genommen haben wir jetzt ein Fundament, um die tägliche Arbeit fortzuführen, auf das wir aufbauen können. Ich glaube, im letzten Jahr war es für alle aufgrund der Corona-Pandemie nicht gerade einfach, die neuen Herausforderungen, die dazu kamen, zu bewerkstelligen und die bestehenden Projekte weiterzuführen und fristgerecht auf den Weg zu bringen.

Wir haben in den letzten Monaten aber auch gesehen – das wurde uns sehr stark vor Augen geführt – wo es noch Defizite gibt, wo noch Lücken sind, wo man noch mehr machen kann und wo Digitalisierung eine große Rolle spielt. Digitalisierung gehört auch zweifellos zu den Hebeln, die Dinge zu verändern und besser voranzutreiben. Ich glaube, auch dadurch hat sich die Zustimmung in der Gesellschaft erhöht, in den Unternehmen, in den Ministerien, in der Verwaltung. Man hat gemerkt, Digitalisierung ist kein Nice-to-have, man kann sie nicht einfach mit einem kleinen Projekt machen, sondern sie ist ein Must-have. Ich glaube, das wird uns in den nächsten Monaten bei der Überzeugungsarbeit sehr helfen, um einen Strukturwechsel voranzubringen.

Wir haben gut 101 Millionen Euro für das Jahr 2021. Sie helfen uns, das bestehende Aufgabenspektrum sicherzustellen, aber wir können damit auch neue Bereiche der Digitalisierung erschließen. Jeder Euro bringt uns auf dem Weg der Digitalisierung ein Stück weiter.

Die Mittel sind das eine, das andere sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Ganze erst mit Leben erfüllen. Sie nehmen jedes Projekt, jeden Leuchtturm, jede Aktion und auch andere mit. Sie kümmern sich und erwecken damit in vielen Bereichen die Digitalisierung erst zum Leben. Im Grunde genommen ist das das Wichtigste. Zu-

gegeben, wir sind kein Ministerium mit dicken, großen Förderschecks. Wir sehen uns aber als Thinktank und auch als schlanke und agile Einheit, die man einsetzen kann, die dann zur Stelle ist, wenn sie gebraucht wird.

Das haben wir auch während der Corona-Zeit so gemacht. So haben wir zum Beispiel im Gesundheitsministerium geholfen. Noch heute sind Mitarbeiter abgestellt für das Bayerische Impfmanagement gegen Corona – BayIMCO –, um Unterstützung zu leisten. So sehen wir uns auch, wir wollen unterstützend tätig sein. Trotzdem haben wir die Projekte, die wir uns für diese Zeit vorgenommen haben, zu Ende führen können. Wir haben sie fristgerecht auf den Weg gebracht, obwohl ständig neue Aufgaben dazukamen. Es gab Anforderungen, auf die wir oft kurzfristig reagieren mussten. Ich finde es schon toll, dass da so viel Motivation, aber auch Antrieb bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben ist. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Bei uns heißt es immer so schön: Der Mensch im Mittelpunkt der Digitalisierung. Ich bin froh, dass das nicht nur irgendein Slogan ist, der dahingesagt wird, sondern dass das in Herz und Kopf übergegangen ist und auch von allen so gelebt wird. Das ist schön. Deswegen blicke ich auch motiviert und optimistisch in das neue Haushaltsjahr, weil einfach viele spannende Dinge anstehen.

Vom Thema digitale Verwaltung haben wir heute schon ein paar Mal etwas gehört. Es ist uns wirklich extrem wichtig, dass wir da vorankommen. Im Grunde genommen ist es uns deshalb so wichtig, weil sich ein moderner Staat nur als modern darstellen kann, wenn auch die Verwaltung modern und digital ist und wenn die Menschen dort ein Angebot bekommen, das sie auch selbstverständlich im privaten Bereich haben, aber vielleicht heute noch nicht im Bereich der Verwaltung. Die Verwaltung ist aber das Gesicht hin zum Bürger. Deswegen müssen wir da viel digitaler und serviceorientierter werden.

Wir möchten in den bayerischen Gemeinden, den Landkreisen und Bezirken, die für den Ausbau ihrer Online-Dienste zuständig sind, dabei helfen, zum Beispiel auch durch unser Förderprogramm "Digitales Rathaus", dass dort ein Strauß von Verwal-

tungsdienstleistungen zur Verfügung gestellt werden kann. Wir möchten auch durch Digitallotsen, die vorhin gewünscht wurden, helfen. Mehr geht mit Sicherheit immer. Wir haben heute schon Digitallotsen, die ausgebildet werden, die wieder in die Kommunen, in die Verwaltungen zurückgeschickt werden, die dann wiederum andere motivieren und Fürsprecher für die Digitalisierung in der Verwaltung selbst sein sollen.

Wir haben seit dem Start vor einem Jahr bis jetzt zum Programm "Digitales Rathaus" 700 Anträge bekommen und greifen den Kommunen tatkräftig unter die Arme. Wir haben dafür in diesem Jahr 10,7 Millionen Euro vorgesehen.

Auch mit der App, die vorhin schon angesprochen worden ist, mit der BayernApp, wollen wir ein Angebot schaffen, um die mobile Verwaltung voranzubringen. Wir sind mit ihr wirklich Vorreiter in Deutschland. Das gibt es noch nicht. Ja, es ist die Version 1.0, und ja, man kann noch nicht alle Anträge in dieser App abrufen, aber so ist es auch nicht gedacht. Digitale Verwaltung muss so funktionieren, dass wir am Ende ein großes Puzzle haben, das vervollständigt werden muss. Wir müssen aber jetzt schon mit ganz vielen Puzzleteilen anfangen, auch wenn diese noch nicht fertig sind. Ich kann aber nicht immer darauf warten, dass alles bis auf den letzten Antrag digitalisiert ist, bis ich dann anfangen, mir Gedanken darüber zu machen, wie das jeweilige Angebot für die jeweiligen Bürgerinnen und Bürger aussieht. Deswegen war die App so wichtig und hat durchaus – das haben wir gemerkt – noch einmal richtig Schwung reingebracht, weil natürlich jeder dabei sein will und vor Ort auch tolle Angebote haben will.

Deswegen kann ich es, ehrlich gesagt, nicht ganz nachvollziehen, wenn – ich glaube von der FDP – gesagt wird: OZG verschlafen. Ich glaube, da ist gerade extrem viel Schwung drin, und es passiert gerade sehr viel. Ich merke auch, dass die Motivation viel breiter gestreut ist und viel mehr Leute willig sind, dabei zu sein und mitzumachen.

Sandro Kirchner hat die Werkzeugkästen angesprochen. Das sind jetzt schon die Werkzeugkästen 2.0. Wir gehen ins zweite Jahr. Dreimal mehr Landkreise als beim ersten Mal machen jetzt mit. Man sieht: Das Programm zieht.

Wir begleiten die Registermodernisierung in Deutschland. Wir machen das Unternehmenskonto von Bayern aus für ganz Deutschland. Das wird vor allem für die Wirtschaft wirklich ein Game Changer sein, die wahnsinnig viele Kontakte hin zur Verwaltung hat, natürlich mehr Kontakte als sie der einzelne Bürger hat.

Beim Mobile Government – ich habe gerade von der BayernApp gesprochen – wird es natürlich wichtig sein – Bayern bringt sich auch da ein –, dass ich mich ausweisen kann mit dem neuen Personalausweis – nPA –, den wir jetzt im Kartenformat haben, aber den wir in der Wallet auf dem Handy brauchen. Auch da sind wir mit dem Bund zusammen unterwegs. Das geht, wie ich finde, gut voran.

Genauso ist es bei den Top-Leistungen. Wir haben uns im letzten Jahr mit dem OZG, mit den Verwaltungsdienstleistungen, die digitalisiert werden müssen, nicht einfach ins Blaue hineinbegeben, sondern haben diejenigen identifiziert, die häufiger von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden. Wir wollen, dass Fortschritte spürbar werden, dass da Fortschritte zu verzeichnen sind und dass es da weitergeht. Wir haben es trotz Corona und allem Drum und Dran zum Glück geschafft, 55 Top-Leistungen zur Verfügung zu stellen. Diese können jetzt aktiviert werden. Ich weiß, dass viele Kommunen da schon unterwegs sind, um das voranzutreiben und die Leistungen anzubieten. Dass in der digitalen Verwaltung etwas vorangeht, merken die Leute vor Ort nur dann, wenn das Ganze vor Ort auch angeboten wird.

Der Digital.Campus Bayern ist für mich wichtig. Sandro Kirchner hat ihn auch angesprochen. Es wird entscheidend sein, dass wir auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Menschen in der Verwaltung, für die Digitalisierung begeistern und befähigen, bei dem Prozess mit dabei zu sein und wirklich Effizienz und Erleichterung zu generieren. Deswegen sage ich jetzt schon vielen Dank dafür, dass wir jetzt mit den

760.000 Euro die ersten Projekte einplanen können, um damit wirklich Know-how zu stärken und digitales Mindset voranzubringen.

Das Unternehmenskonto ist mir auch noch wichtig – ich hatte das eben schon angesprochen – vor allem deswegen, weil wir nicht unterschätzen dürfen, wie viele Kontakte ein Bürger und wie viele Kontakte ein Unternehmer bzw. eine Unternehmerin mit der Verwaltung hat. Wir müssen da zwingend mehr Angebote machen, und zwar nicht nur mit einzelnen Verwaltungsdienstleistungen, die digitalisiert werden, sondern tatsächlich mit einer Plattform, also einem "Single Point of Contact", sodass der Unternehmer ganz genau weiß, er hat auf dieser Plattform alle Unterlagen zur Verfügung und kann dort seine Anträge stellen.

Wir haben uns in der Verwaltung selbst künstliche Intelligenz angeschaut und uns gefragt, wo wir das noch weiterbringen können. Das wird weiterhin ein Thema sein.

Natürlich denken wir auch an das Thema Blockchain. Das Bavarian Center for Blockchain bündelt das Know-how der Staatsregierung. Da haben wir schon Pilotprojekte, die wir ausweiten wollen. Wir wollen an dem Thema dranbleiben, weil wir uns durchaus in einigen Bereichen viel versprechen. Fälschungssichere IHK-Zeugnisse haben wir in den Bereich ja schon auf den Weg gebracht.

Eine weitere wichtige Kernaufgabe meines Hauses sehe ich für dieses Jahr darin, die digitale Teilhabe zu ermöglichen. Wir werden da einen weitgefächerten Strauß anbieten. Das geht über einen Hackathon zu der Frage, wie wir digitale Barrieren abbauen können, bis hin zu unserem Digitalpreis, der ein Schlaglicht darauf werfen soll, was es eigentlich schon für tolle Möglichkeiten gibt, die vielleicht noch nicht finanziert oder nicht bekannt sind und die wir dann ein bisschen pushen wollen.

Aber auch die Digitalisierung des Vereinslebens ist anzusprechen. Unsere Vereine hatten durchaus in den letzten Monaten eine sehr harte Zeit. Sie müssen sich viel digitaler aufstellen. Da wollen wir sie an insgesamt 21 Standorten mit "Digital verein(t)"

unterstützen. Wir wollen dafür sorgen, dort mehr Know-how und vor allem Unterstützung und Hilfestellungen anbieten zu können.

Die audiovisuellen Medien möchte ich noch erwähnen. Klar, bei Film, Kino, Games und virtuellen Welten liegen in der Pandemie Licht und Schatten dicht beieinander. Die Games-Industrie hatte Rekorde zu verzeichnen; denen ging es gut, genauso wie Streaming-Plattformen, Kinos und Filmfestivals hingegen nicht. Deswegen möchte ich mich hier noch einmal ganz ausdrücklich bedanken, dass wir 46 Millionen Euro an Corona-Sondermitteln bekommen haben, um diese Bereiche zu stabilisieren und jetzt auch weiterhin stabilisieren zu können, weil sie nicht öffnen können. Wenn sie die Hilfen nicht hätten, hätten sie große Probleme. Wir haben auch die Kino-Anlaufhilfe, die Anlauffonds I und II und die Produktionsmehrkostenförderung. Das alles führt dazu, dass wir die Filmproduktion unterstützen und dafür sorgen können, dass diese Zeit besser überwunden werden kann und dass Arbeitsplätze gesichert werden und Unternehmen stabilisiert werden können. Ich bin sehr froh darüber, dass wir dieses Geld bekommen haben.

Im XR-Bereich, der immer wichtiger wird, haben wir unsere XR-Hubs in München, Nürnberg und Würzburg, die in Bayern dann auch gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft arbeiten und Projekte auf den Weg bringen. Aber auch unsere XR-Förderung wird immer wichtiger. Viele Projekte sprießen aus dem Boden und sind es wert, dass auf sie der Fokus gerichtet wird.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die Uhr gebe ich nur einen kurzen Einblick in die Agenda. Mir war es wichtig, weniger über die Zuständigkeiten von mir zu reden, als vielmehr ein Schlaglicht darauf zu richten, was wichtig ist und was wir uns für das neue Jahr bzw. das neue Haushaltsjahr vorgenommen haben. Wir sind sehr motiviert an den Sachen dran, die wir verändern können und wollen, und bringen uns gerne bei den anderen ein. Wir schlagen keinem die Tür vor der Nase zu. Ich glaube, auch die Opposition kann von uns sagen, dass wir da sehr offen und

immer gesprächsbereit sind. Ich glaube, es lohnt sich immer, wenn man den Blick über den Horizont wagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Gerlach. – Es liegen drei Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt vom Kollegen Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Staatsministerin, in der offiziellen Statistik des Film-FernsehFonds Bayern – ich spreche jetzt den Filmstandort Bayern an, für den Sie auch Verantwortung haben – werden für 2019 4.000 Drehtage für Film und Fernsehen registriert. Davon entfallen 3.500, also 87,5 %, auf München und das südliche Oberbayern, 3 % auf Franken – das sind 120 Drehtage – und davon 0,2 % – das sind 8 Drehtage – auf Unterfranken. Nachdem die Staatsregierung früher schon angekündigt hat, dass sie an dieser Schieflage zugunsten anderer Regionen außer München und Oberbayern etwas ändern will, frage ich Sie: Wie beurteilen Sie diese Schieflage, also 0,2 % der Drehtage für Film und Fernsehen in Unterfranken? Da sind Sie ja auch sehr sachkundig, wie ich weiß. Wie beurteilen Sie das? Was würden Sie unternehmen? Was wollen Sie als Ministerin unternehmen, um diese Schieflage zu beenden und einen deutlichen Anstieg der Drehtage in Franken zu erreichen? Können Sie, falls Sie diese Frage heute noch nicht beantworten können, zumindest sagen, dass Sie sich dieses Themas annehmen und nach Lösungen und Verbesserungen suchen?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Ich bedauere das natürlich, gerade was Unterfranken angeht. Wer von Ihnen oder euch noch nicht im Spessart war, dem sei versichert: Da kann man wunderbare Filme drehen, und da wurden ja auch schon wunderbare Filme gedreht. Ein neuer Spessart-Räuber-Film wäre mit Sicherheit fantastisch. Ich könnte mir da tolle Filmprojekte vorstellen. Nur bin ich jetzt leider die Filmministerin und nicht eine Filmproduzentin. Wir als Freistaat sagen den Produzenten

natürlich nicht, wohin sie zu gehen haben. Dem FFF wird das Projekt vorgelegt, und dieser entscheidet dann, ob es gefördert wird oder nicht.

Aber um Projekte zu fördern, haben wir schon ein Drehbuchcamp gemacht. Wir haben hier eine Film Commission, die im Grunde genommen dafür ausgelegt ist, Fürsprecher für Bayern zu sein, und zwar für alle Ebenen. Sie berät nicht nur auf Oberbayern bezogen, sondern auch auf Franken und die anderen Regionen. Sie beschreibt und berät, welche Region welche Vorteile hat und für welchen Film sie sich eignet. Wir können ja nur beraten oder diese Unterstützungsleistung zur Verfügung stellen. Zwingen können wir natürlich keinen. Aber wir haben deswegen extra für Unterfranken ein Drehbuchcamp gemacht. Da sind Produzenten an verschiedene Orte Unterfrankens gegangen und haben sich angeschaut, wie es dort aussieht und welche Ideen dort für neue Filme entstehen könnten. Ich bin natürlich in froher Hoffnung, dass es funktioniert und dort Filme gedreht werden.

Das können wir leisten. Wir können finanziell unterstützen. Wir können Anregungen geben und die Leute an Orte wie zum Beispiel den wunderschönen Spessart bringen. Das ist aber natürlich nicht die einzige schöne Gegend in Unterfranken. Aber das wissen Sie, Herr Halbleib. Wie gesagt, da bleiben wir dran.

(Zuruf)

Wie gesagt, ich freue mich über jedes zusätzliche Projekt, das in Franken gedreht wird.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Staatsministerin Gerlach, Herr Dr. Gößl, der Hauptgeschäftsführer der IHK Oberbayern, hat bei uns im Ausschuss gesagt, dass wir mit der Digitalisierung einfach schneller vorankommen müssen. Jetzt hätte ich mal eine Frage: Welche Rückmeldungen aus der Wirtschaft wurden an Ihr Ministerium bezüg-

lich der größten Mängel der Digitalisierung herangetragen, insbesondere während der Corona-Krise? Was haben die Unternehmen bezüglich der Digitalisierung am meisten kritisiert?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Allgemein stimme ich natürlich Herrn Dr. Gößl zu, dass wir im Bereich der Digitalisierung viel Gas geben und vorankommen müssen. Deswegen gibt es auch die von mir schon aufgeführten Bestrebungen. Ich erlebe bei der Wirtschaft vielmehr, dass sie dankbar ist, in uns einen Ansprechpartner speziell für das Thema gefunden zu haben. Wir schauen häufig darauf, die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft herzustellen. So können zum Beispiel bei der Hightech Agenda alle Forschungen und unsere Erkenntnisse letztendlich in Start-ups eingehen, und diese werden später tolle Unternehmen. Aber auch etablierte Unternehmen können im Grunde genommen befruchtet werden, wenn sie neue Ideen in das bestehende etablierte System einbringen. Da kann es zum Beispiel darum gehen, was KI mit einer Produktionskette macht. Der Austausch ist ein sehr guter, und ich erlebe, dass die Wirtschaft sehr dankbar ist, uns als Ansprechpartner zu haben.

Ein speziell auf Corona bezogener Bereich ist eine Aktion weniger für die großen Firmen als vielmehr für den kleinen Einzelhandel und kleinere Ketten. Wir haben "Mia gehn online" vor Ort gebracht, um Beratungen zu etablieren, wie man eine tolle Homepage oder einen Webshop machen und mehr Verkauf im digitalen Bereich generieren kann. Das wollen wir jetzt noch weiter ausbauen und weiterführen, weil es gut angekommen ist und gut angenommen wurde.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Benjamin Adjei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben im "Main-Echo" Anfang des Jahres ein doch recht umfangreiches Interview zum Thema E-Sport gegeben und sich dafür ausgesprochen, dass E-Sport stärker gefördert werden soll. Sie haben von "Herzblut" und "viel Ehrenamt" gesprochen und davon, dass Sie sich

persönlich dafür einsetzen wollen. Ich konnte Ihnen da voll zustimmen und merke auch, dass Sie sehr viel in den Bereichen machen. Sie haben vorgeschlagen, E-Sport bei den European Championships mit hereinzunehmen. Sie treffen sich, machen Runde Tische usw.

Ich habe eine Anfrage zum Thema E-Sport an die Staatsregierung gestellt, und Herr Füracker hat geantwortet. Gut, dass er da ist. Er hat geschrieben, dass er keine Relevanz für die Allgemeinheit sieht; die Förderung von E-Sport diene nicht der Allgemeinheit, und eine finanzielle und strukturelle Förderung sei nicht geplant und stehe auch zukünftig nicht in Aussicht. – Da merkt man ein bisschen, dass es in der Staatsregierung doch häufig komplett unterschiedliche Ansichten gibt. Welche Möglichkeiten haben Sie, Ihre Meinung einzubringen und vielleicht zu einem Wandel beizutragen, vor allem wenn es schon die festgefahrene Meinung gibt, dass das auch zukünftig nicht in Aussicht steht?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Ich kenne die Anfrage nicht und habe sie anscheinend nicht beantwortet. Ich finde es im Grunde genommen schade, dass immer nur geschaut wird, wie viel Geld wir haben und wer den Förderbescheid übergibt, und dass man glaubt, nur mit Geld etwas machen zu können. Nein, manchmal geht es auch nur – –

(Zuruf)

– Strukturelle Dinge können sich ja ergeben. – Wir haben den Runden Tisch vor allem gegründet, um die Player, die in dem Bereich sehr unterschiedlicher Meinung waren, mal an einen Tisch zu bekommen, um das Themenfeld ein bisschen aufzurollen und eine Bereitschaft zu schaffen, miteinander zu sprechen und Lösungen zu finden.

Aber ich sehe schon, hier wird kaum mehr zugehört. Ihnen geht es leider nur darum, Leute in der Staatsregierung gegeneinander auszuspielen. Das finde ich ganz schade, weil mein Ansinnen beim E-Sport ein ganz anderes ist. Darum werde ich mich auch in den nächsten Monaten weiter kümmern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Gerlach. – Für die Staatsregierung hat sich nun des Weiteren Herr Staatsminister Füracker zu Wort gemeldet. Einen kleinen Moment bitte noch, Herr Staatsminister. Jetzt kann es losgehen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich wollte nur ganz kurz einmal erklären, wie hier seitens der Opposition gearbeitet wird. Ich unterstütze alles, was die Kollegin Gerlach sagt und macht. Wir haben ein sehr gutes Miteinander. Wenn eine Anfrage lautet – –

(Zuruf)

– Herr Halbleib, lassen Sie mich halt reden; Sie reden doch auch, wenn Sie wollen.

(Zuruf)

– Danke schön. Ist es jetzt recht? –

(Zurufe)

– Alles klar, ist schon recht.

(Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister Füracker hat jetzt das Wort. Selbstverständlich sind Zwischenrufe erlaubt.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich wollte Ihnen nur sagen, dass es bei der Anfrage zum E-Sport meiner Erinnerung nach darum ging, ob wir im Hinblick auf die steuerliche Behandlung E-Sport begünstigen wollen. Wenn ich mich richtig erinnere, war dann die Antwort, dass Vereine, die ausschließlich E-Sport machen, die Gemeinnützigkeit eben nicht erhalten sollen. Das war meiner Erinnerung

nach die Antwort. Da ging es nicht darum, ob die Digitalministerin E-Sport gut findet oder fördern will.

Das will ich einfach nur sagen, weil ich finde, dass man hier intellektuell redlich arbeiten und nicht Halbwahrheiten verbreiten sollte. Das will ich Ihnen nur sagen, Herr Adjei.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Staatsminister Füracker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 16, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13301 mit 18/13304, 18/13382 mit 18/13384, 18/13618 und 18/13619, 18/13695 mit 18/13712 und 18/13761 mit 18/13764 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14252.

Vorab ist über zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag betreffend "Innovationsfonds für innovative Technologieprojekte" auf der Drucksache 18/13695. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die restlichen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD betreffend "Blockchain-Strategie 3.0", Drucksache 18/13697. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD-Fraktion. Gegen-

stimmen! – Die restlichen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Der Einzelplan 16 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/14252, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 16 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Regierungsfractionen CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und AfD sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen gibt es demnach keine. Damit ist der Einzelplan 16 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/14252, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13761 mit 18/13764 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 16 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 22

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 16

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 16 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/13301
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Reisekostenvergütungen für Dienstreisen
(Kap. 16 01 Tit. 527 01)
Drs. 18/13302
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software
(Kap. 16 01 Tit. 812 99)
Drs. 18/13303
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 16 02 Tit. 531 52)
Drs. 18/13304
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 16 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13382

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Task Force zur Koordinierung der Digitalisierung innerhalb der Staatsregierung
(Kap. 16 04 neuer Tit.)
Drs. 18/13383
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Forschungsauftrag über extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet
(Kap. 16 04 neuer Tit.)
Drs. 18/13384
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Digitale Kommunikation zwischen Behörden und Ministerien
(Kap. 16 03 neue TG)
Drs. 18/13618
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: „Forschungsprojekt Digitalisierung und Klimaschutz“
(Kap. 16 03 neue TG)
Drs. 18/13619
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Innovationsfonds für innovative Technologieprojekte
(Kap. 16 02 Tit. 686 01)
Drs. 18/13695
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zukunftsgenda Digital
(Kap. 16 02 Tit. 686 02)
Drs. 18/13696
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Blockchain-Strategie 3.0
(Kap. 16 03 neue TG)
Drs. 18/13697

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen
(Kap. 16 04 Tit. 633 76)
Drs. 18/13698
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung I – Nicht aufteilbare Sachausgaben
(Kap. 16 05 Tit. 547 01)
Drs. 18/13699
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung II – Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 681 01)
Drs. 18/13700
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung III – Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen
(Kap. 16 05 Tit. 683 01)
Drs. 18/13701
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung IV – Zuschüsse an die Internationale Münchner Filmwochen GmbH
(Kap. 16 05 Tit. 683 03)
Drs. 18/13702
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung V – Zuschüsse für das Internationale Dokumentarfilmfestival München
(Kap. 16 05 Tit. 683 05)
Drs. 18/13703
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung VI – Zuschüsse zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Film-, Games- und VR-Bereich
(Kap. 16 05 Tit. 686 01)
Drs. 18/13704

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung VII – Zuschüsse für die Entwicklung und Herstellung von Drehbüchern für Filme und Serien und der Drehbuchwerkstatt
(Kap. 16 05 Tit. 686 03)
Drs. 18/13705
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung VIII – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 16 05 Tit. 861 01)
Drs. 18/13706
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung IX – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 02)
Drs. 18/13707
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Filmförderung X – Förderung internationaler Filmproduktionen
(Kap. 16 05 Tit. 861 03)
Drs. 18/13708
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für Förderprogramm „Virtuelle Realität Bayern“
(Kap. 16 05 Tit. 683 04)
Drs. 18/13709
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für den Deutschen Computerspielpreis und die Medienstandortförderung Games
(Kap. 16 05 Tit. 686 04)
Drs. 18/13710
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausstattung und Betriebskosten des Forschungs- und Anwenderzentrums „Virtuelle Realität Bayern“
(Kap. 16 05 Tit. 686 05)
Drs. 18/13711

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zu Investitionen zur Förderung innovativer digitaler
Inhalte und von Games
(Kap. 16 05 Tit. 892 02)
Drs. 18/13712